

Polarisierung von unten Die Linke und die AfD erzählen neue Geschichten über das Verhältnis von Straße und Parlament

Manès Weisskircher, Swen Hutter und Endre Borbáth

Ob im öffentlichen oder im wissenschaftlichen Diskurs: Die deutsche Parteipolitik wird meist als eigenständige politische Arena verstanden, in der Parteien vornehmlich auf ihre Mitstreiter im Parteiensystem beziehungsweise die öffentliche Meinung reagieren. Das Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen und politischem Protest ist dabei etwas aus dem Blick geraten – zu Unrecht, wie sich aus der internationalen Protestforschung der letzten Jahre lernen lässt. Sie betont die enge Interaktion von Parteien und Bewegungen und zeigt, welche polarisierende Dynamik aus ihrem Zusammenspiel entstehen kann. Als Beispiele können der Aufstieg sogenannter Bewegungsparteien in Südeuropa – wie Podemos in Spanien oder die italienische Fünf-Sterne-Bewegung –, aber auch der Einfluss der Tea-Party auf die Radikalisierung der Republikaner in den USA gelten. Die polarisierende Kraft von Protestbewegungen äußert sich in der Themensetzung und Positionierung bereits bestehender Parteien, aber auch beim Durchbruch neuer Parteien.

Die enge Beziehung von sozialen Bewegungen und neuen Parteien veranschaulicht auch ein Blick in die Geschichte des deutschen Parteiensystems. In den 1980er- und 1990er-Jahren schenkte die deutsche Parteienforschung sozialen Bewegungen noch gebührende Aufmerksamkeit. Politikwissenschaftler wie Herbert Kitschelt, Ferdinand Müller-Rommel und Thomas Poguntke beschäftigten sich mit dem Aufstieg der Grünen, dem Paradebeispiel einer Partei mit Ursprung in der Protestlandschaft. In komplexen und teils konfliktbehafteten Aushandlungsprozessen entschieden sich Vertreter und Vertreterinnen der Umwelt, Friedens- und Frauenbewegungen für den „langen Marsch durch die Institutionen“ und strebten parlamentarische Repräsentation an. Dieser Vorgang entspricht dem Standardmodell von Interaktionen zwischen Partei und Bewegung, das von der parteipolitischen Institutionalisierung einer ihr vorausgegangenen sozialen Bewegung ausgeht. Pointiert formuliert: Protest mündet in Parteigründung.

Zwar waren auch für die Etablierung der beiden jüngsten Formationen im deutschen Bundestag – der Linken und der Alternative für Deutschland (AfD) – Proteste auf der Straße zentral. Für den Aufstieg der Linken 2005 (damals noch „Die Linke. PDS“) war die Protestbewegung gegen die als „Hartz IV“ bekannt gewordenen neuen Arbeitslosengesetze mit ihren Montagsdemonstrationen von entscheidender Bedeutung. Für die Transformation der AfD in eine klassische populistische radikale rechte Partei und ihren Einzug in den Bundestag 2017 waren die Pegida-Proteste wegweisend, die sich ab Herbst 2014 hauptsächlich gegen die deutsche Einwanderungs- und Asylpolitik richteten. Der Zusammenhang mit diesen Protestbewegungen wird allerdings in der neueren Forschung zum deutschen Parteiensystem nur wenig reflektiert. Das erstaunt umso mehr, da beide neue Parteien, die das etablierte System herausforderten, erhebliche wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich zogen. Mit ihrem Erstarken verlor nämlich die Bundesrepublik den Status als westeuropäischer Ausnahmefall, wo sich über eine lange Zeit weder am radikalen linken noch am rechten Rand neue Konkurrenz auf der nationalen Ebene etablieren konnte.

Warum hallt diese „Polarisierung von unten“ bei der Linken und der AfD weniger stark im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs nach als bei Bündnis 90/Die Grünen? Beide Fälle entsprechen nicht dem klassischen Modell einer Bewe-

Summary: Party politics should not be regarded as a standalone political arena: For the rise of the two most recent challenger parties in Germany, polarization from below was decisive. The establishment of the Left Party followed Anti-Hartz-IV protests, while AfD benefited from Pegida mobilization. Complex interactions between protest movements and party actors allowed the latter to benefit from the increased salience of their core issues and from incentives for a more effective strategic approach.

Kurz gefasst: Parteipolitik sollte nicht als eigenständige politische Arena verstanden werden: Für den Aufstieg der jüngsten Herausforderer im deutschen Parteiensystem war eine Polarisierung von unten entscheidend. Die Etablierung der Linken folgte den Anti-Hartz-IV-Protesten, während die AfD durch Pegida einen entscheidenden Schub erfuhr. Als Folge komplexer Interaktionen zwischen Protestbewegungen und parteipolitischen Akteuren profitierten letztere von der erhöhten öffentlichen Sichtbarkeit ihrer Kernthemen und von Anreizen für eine effektivere strategische Ausrichtung.



Manès Weisskircher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department of Sociology and Human Geography der Universität Oslo und assoziierter Forscher am Center for Research on Extremism (C-REX).

[Foto: privat]

manes.weisskircher@sosgeo.uio.no



Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor in politischer Soziologie an der Freien Universität Berlin. [Foto: David Ausserhofer]

swen.hutter@wzb.eu

gungspartei, nach dem führende Akteure sozialer Bewegungen eine politische Partei gründen und so den Marsch durch die Institutionen antreten. Daher zeigen sie die Grenzen gängiger Annahmen zum Zusammenspiel von sozialen Bewegungen und neuen Parteien auf. Die Geschichten der neuen Parteien an beiden Rändern des politischen Spektrums unterscheiden sich in vielen Punkten. Und doch kann ein frischer Blick auf die vielfältigen und folgenreichen Interaktionen von Bewegungen und Parteien aufschlussreiche Gemeinsamkeiten zutage fördern und die Parteienforschung um neue Modelle bereichern.

Wir können vier zentrale Gemeinsamkeiten beim Aufstieg der Linken und AfD beobachten: 1) Wie im Fall der Grünen entstanden sozialen Bewegungen mit dem Fokus auf inhaltliche Anliegen, die im Bundestag nicht ausreichend repräsentiert wurden. Der Durchbruch der neuen Parteien erfolgte jedoch ohne signifikante personelle oder organisatorische Überschneidungen mit den Protestbewegungen. Stattdessen waren zwei Mechanismen entscheidend: 2) Zum einen brachten Protestbewegungen ihre Anliegen auf die Agenda und setzten eine öffentliche Politisierungsspirale in Gang, die auch den Forderungen der Herausforderer im Parteiensystem mehr öffentliche Sichtbarkeit und Resonanz verschafften. 3) Zum anderen kam es zu komplexen Beziehungen zwischen den Bewegungs- und Parteiakteuren, geprägt von Kooperation und Konflikt, was letztlich zu einer effektiveren strategischen Ausrichtung der Partei führte. 4) Als Ergebnis profitieren die Herausforderer-Parteien auch an den Wahlurnen von einem klar geschärften Profil.

Die Ausgangslage der PDS („Partei des Demokratischen Sozialismus“) war Anfang der 2000er nicht rosig, war sie doch in den 1990er-Jahren daran gescheitert, in den Westen zu expandieren und eine ostdeutsche Regionalpartei geblieben. Im Jahr 2002 konnte sie auch nur noch mit zwei Direktmandaten in den Bundestag einziehen. Dann kam es allerdings zur Polarisierung von unten in den genannten vier Phasen: 1) Nur zwei Jahre später waren die Anti-Hartz-IV-Proteste ein wesentlicher Wendepunkt für die Entwicklung der Partei. Die Montagsdemonstrationen, die im August ihren Höhepunkt erreichten, prägten den politischen Sommer 2004. Das Hauptanliegen war der Protest gegen Wohlfahrtsstaatsreformen, insbesondere die Arbeitslosenversicherung der rot-grünen Bundesregierung. Führend bei der Organisation waren einzelne Arbeitslose, Vereinigungen Arbeitsloser, linke Gruppierungen und Teile des Deutschen Gewerkschaftsbundes, nicht jedoch dessen Spitze. Die PDS war keine Mitinitiatorin der Anti-Hartz-IV-Protestwelle. 2) Obwohl die Proteste hauptsächlich in Ostdeutschland stattfanden, erhielten sie bundesweite Resonanz. Die Demonstrationen verstärkten die öffentliche Wahrnehmung sozialpolitischer Themen und die mediale Debatte um Hartz IV. Bei Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen konnte die PDS nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2002 wieder Zugewinne erzielen – ihr Wahlkampfsschwerpunkt war Hartz IV. 3) Die Proteste beeinflussten die Entwicklung der parteipolitischen Konkurrenz links von der SPD und den Grünen, zeigten sie doch das Potenzial für neue Formen politischer Organisation. Vor den genannten Landtagswahlen hielten führende Politikerinnen und Politiker der PDS Gastreden bei den Demonstrationen. Noch als SPD-Mitglied trat der spätere Spitzenkandidat der Linken Oskar Lafontaine bei einer Montagsdemonstration in Leipzig auf. Parallel wurde im Westen im Juli 2004 die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) als Verein gegründet, im Januar 2005 als Partei – die Gründer stammten aus dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Umfeld. WASG-Aktivistinnen und -Aktivisten waren ebenso in Montagsdemos involviert, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, wo die neue Partei bei der Landtagswahl im Mai 2005 deutlich vor der PDS landete. Rechtzeitig vor der vorgezogenen Bundestagswahl konnte sie die Kooperation mit der PDS sichern. Die Abschaffung von Hartz IV wurde die zentrale Forderung der neuen gemeinsamen Liste. 4) Bei der Bundestagswahl 2005 erfolgte der Einzug als „Linkspartei. PDS“. Innerhalb der Linken spielten die ostdeutschen Initiatoren der Anti-Hartz-IV-Demonstrationen allerdings keine wesentliche Rolle.

Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als vornehmlich „wirtschaftsliberale Professorenpartei“, mit Kritik an der Eurozonen-Politik als inhaltlichem Schwerpunkt. Die Ablehnung von Migration war noch kein bestimmendes Thema. Mit diesem

Ansatz verfehlte die AfD im Jahr 2013 knapp den Einzug in den Bundestag. Auch hier kam die Trendwende im Zusammenspiel mit der Straße. 1) Im Oktober 2014 gründete sich Pegida in Dresden. Im Winter 2014/2015 erreichten die dortigen „Abendspaziergänge“ ihren Höhepunkt, teilweise mit bis zu 20.000 Teilnehmenden. Die Demonstranten mobilisierten gegen muslimische Einwanderung, die politische und mediale Elite Deutschlands und für direkte Demokratie. Obwohl es prominente Befürworter innerhalb des wachsenden rechtsradikalen Flügels der AfD gab, war das Pegida-Organisationsteam von der AfD völlig unabhängig. 2) Während Pegida hauptsächlich in Dresden verankert blieb, machte die Gruppe Schlagzeilen in ganz Deutschland. Pegida brachte Migration bundesweit auf die öffentliche Agenda und erhöhte auch die mediale Sichtbarkeit des Themas – die Straßenproteste bestimmten monatelang die politische Debatte. Ebenso konnte die AfD im ersten Halbjahr 2015 Wahlerfolge feiern: Sowohl in Bremen als auch in Hamburg zog sie in die Landesparlamente ein. 3) Die Pegida-Proteste nahmen indirekten Einfluss auf die strategische Entwicklung der AfD. Diese befand sich Anfang des Jahres 2015 in einem innerparteilichen Richtungsstreit. Teil der Debatte war die Frage, ob man „Pegida-Partei“ sei. Nach intensiven Konflikten um die Positionierung zum Thema Migration und um Ablehnung von oder Kooperation mit Pegida setzten sich rechtsradikale Gruppen beim Parteitag von Essen im Juli 2015 gegen den neoliberalen Flügel durch. Der Durchbruch der Anti-Einwanderungs-Politiker*innen erfolgte also bereits vor dem Herbst 2015, dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise. Das Timing war perfekt: Die neu formierte Partei konnte von der Mobilisierung gegen Migration profitieren. 4) Bei der Bundestagswahl 2017 erfolgte der Einzug – ohne dass führende Pegida-Aktivistinnen und -Aktivisten innerhalb der AfD eine Rolle spielten.



Andre Borbath ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Politische Soziologie der Freien Universität Berlin und Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. (Foto: Bernhard Ludewig)

andre.borbath@wzb.eu

Der Durchbruch der Linken und der AfD unterstreicht, dass die Analyse des Zusammenspiels von sozialen Bewegungen und politischem Protest für das Verständnis von Polarisierung nicht nur auf der Straße wesentlich ist. Gängige Annahmen zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen müssen korrigiert werden. Dies unterstreichen auch die jüngsten Entwicklungen der Klimaschutzbewegung und der Anti-Corona-Proteste. Die Mobilisierung von Fridays-for-Future beeinflusste nicht nur die Agenda und die Positionierung etablierter Parteien. Darüber hinaus organisierten sich Teile der Bewegung als selbstständige Partei (die „Klimalisten“), parallel schafften es Fridays-for-Future-Aktivistinnen und -Aktivistinnen auf die Listen der Grünen für Landtagswahlen und die Bundestagswahl. Auch die Anti-Corona-Proteste mündeten in Neuformierungen, wie Widerstand 2020 oder dieBasis, sie finden aber auch starken Widerhall unter der AfD-Wählerschaft. Es lohnt sich, die neuen Parteien nicht zu unterschätzen, gleichzeitig aber viel stärker hinzuschauen, wie die Parteienlandschaft insgesamt von einer Polarisierung von unten umgepflügt wird.

Literatur

Borbath, Andre/Hutter, Swen: „*Protesting Parties in Europe: A Comparative Analysis*“. In: *Party Politics*, 2020. Online: <https://doi.org/10.1177/1354068820908023>.

Patton, David: „*Monday, Monday: Eastern Protest Movements and German Party Politics since 1989*“. In: *German Politics*, 2017, Jg. 26, H. 4, S. 480–497.

Weisskircher, Manès: „*The Strength of Far Right AfD in Eastern Germany: The East West Divide and the Multiple Causes behind ‚Populism‘*“. In: *The Political Quarterly*, 2020, Jg. 91, H. 3, S. 614–622.

Weisskircher, Manès/Berntzen, Lars-Erik: „*Remaining on the Streets. Anti-Islamic Pegida Mobilization and its Relationship to Far-right Party Politics*“. In: Manuela Caiani/Ondřej Císar: (Hg.): *Radical Right Movement Parties in Europe*. London: Routledge, 2019, S. 114–130.